

Nr. 3 | Dezember 2007

GRÜNE in Dortmund und

GRILLIARD



Verkehr & Kohlekraftwerke
Leise rieselt der Staub

Interview mit
**Daniela
Schneckenburger**

Liebe LeserInnen!

Leise rieselt der Staub – und das nicht nur zur Weihnachtszeit!

Das ist ein grundGRÜNES Thema – eines von vielen, das uns auf den Nägeln brennt. Auch wenn inzwischen selbst die politisch härtesten IgnorantInnen an diesem Thema nicht vorbeikommen – unsere Kompetenzen und Konzepte hier sind einfach überzeugend.

Und gleich, was in die Luft geblasen wird - ob klimaschädigend oder krebs-erregend – es ist unser aller Atemluft, die wir schädigen.

So werden wir nicht nachlassen, hier zukunftsorientiert weiter zu arbeiten und zu informieren - deshalb unser Schwerpunktthema in dieser besinnlichen Weihnachtszeit.

In Zeiten absehbarer Endlichkeit fossiler Brennstoffe und mit dem Blick auf Nachhaltigkeit von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen heute und ihre Auswirkungen auf unsere Zukunft können wir es uns nicht leisten, Kohle-Großkraftwerke zentral für die nächsten 30-40 Jahre zu errichten.

Schon lange fordern wir zumindest den Bau von dezentralen Blockheizkraftwerken, um Energie so intensiv wie möglich zu nutzen. So wird es eine Zustimmung der GRÜNEN zu derartigen Großprojekten nicht geben wie die zum Flughafen-ausbau in Dortmund.

Um die Zukunft in einer die Menschen würdigenden Gesellschaft ging es auf der BDK in Nürnberg. Auch wir

in Dortmund haben auf der Basis unseres Verständnisses von gesellschaftlicher Gerechtigkeit und ökologischer und ökonomischer visionärer Machbarkeit eine interessante und kluge Debatte in unserer Mitgliederversammlung geführt.

Niemand zwingt uns, ebenso wie auf der Sonder-BDK in Göttingen und auf der BDK in Nürnberg, Regierung- und Koalitions-geschmeidigkeit zu üben. Zukunftsfähigkeit heißt auch

hier, nicht nur aus den heutigen Rahmenbedingungen heraus zu denken, sondern Teilhabe an dieser Gesellschaft und die Akzeptanz des Individuums z.B. an einer modifizierten Definition von Arbeit zu orientieren.

Und wenn es uns dann noch gelänge, dieses sehr ernsthafte Ringen um realisierbare Konzepte positiv in die Öffentlichkeit zu kommunizieren, dann sind wir eigentlich die Einzigen, die man wählen kann ...

Lasst den Schnee leise rieseln, nicht den Staub, lasst uns transparent und basisdemokratisch unsere Programmatik weiterentwickeln.

In diesem Sinne eine frohe Weihnachtszeit und ein gutes 2008!



Für den Kreisvorstand
Hilke Schwingeler



Mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN gibt es keine neuen Kohlekraftwerke, die Dreck schleudern und nicht effizient sind, und schon gar keinen weiteren Flughafen-ausbau!

Magazin

..... Seiten 4 und 5

UMWELT- POLITIK

Umweltzone Ruhrgebiet –

Interview mit

Daniela Schneckeburger

..... Seiten 6 und 7

Stadt - Land - Fluss - Klima

..... Seiten 8 und 9

Für den Klimaschutz –

gegen neue Kohlekraftwerke!

Gastbeitrag von Thomas Quittek

..... Seiten 10 und 11

GRÜN bewegt sich! Uns! Sie?

..... Seiten 12 und 13

GRÜN Streifen, Magazin, Termine

..... Seiten 14, 15 und 16

IMPRESSUM:

GRinDo ist eine Publikation von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Kreisverband Dortmund

Ruhrallee 44, 44139 Dortmund

(Herausgeber).

0231- 12 11 71

info@gruene-dortmund.de

v. i. S. d. P.: Hilke Schwingeler (HS)

(Sprecherin) und Ulrich Langhorst

(UL) (Sprecher).

Mit Beiträgen von

Stephan Gumbel (SG),

Helga Hilbert (HH),

Mario Krüger (MK),

Sarah Marhöfer (SM)

Martina Müller (MaM),

Thomas Quittek (TQ),

Rita-Maria Schwalgin (RMS)

Redaktion und Layout:

Markus Magaschütz (MM),

Illustration: Friederike Engels,

Druck: Druckwerk GmbH, Dortmund

Auflage: 1.000 Exemplare

Die Abgabe ist kostenfrei.



Stadtklima: Rapsfeld in Barop – Versiegelung in der Innenstadt



Fotos: Stadt Dortmund, Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW,
Illustration: Friederike Engels

**Feinstaub, Kohlendioxid
und Stickstoff**

**- der Weihnachtsmann würde
uns was husten und die
Geschenke lieber
wieder mitnehmen.**

**Im Schwerpunkt finden Sie
Texte über den Bau neuer
Kohlekraftwerke und die
Verbesserungen des
Dortmunder Stadtklimas.**

**Daniela Schneckeburger,
Landesvorsitzende von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN in
Nordrhein-Westfalen erläutert
die Umweltzone Ruhrgebiet.**



Daniela Schneckeburger

Afghanistan- wir lassen euch nicht allein

Drei Monate liegt der Sonderparteitag der GRÜNEN zurück. Im Rückblick gewinnt vor allem ein Aspekt immer stärker an Bedeutung: Auf dem Sonderparteitag wurde dem Vorstand gezeigt, was eine Harke ist.

War das das Ziel?

Als unser Kreisverband nach der Bundstagsentscheidung für den Tornado-einsatz den Sonderparteitag forderte und wir uns auf der MV im September klar gegen OEF und Tornados aussprachen, dachten wir weniger an den Bundesvorstand als an Afghanistan. Wir wünschten einen echten Strategiewechsel, weg vom militärischen, hin zu einem zivilen Übergewicht.

Auf der Sonder-BDK lieferten Robert

Zion und andere einen passenden Antrag mit Perspektiven für Afghanistan. Im Prozess „Petersberg 2“ sollten die zivilen Mittel aufgestockt und proportional dazu die ausländischen Streitkräfte abgezogen werden.

Das überzeugte, während die Befürworter der Tornados nicht schlüssig widerlegen konnten, dass Kampfflugzeuge und Soldaten der afghanischen Sicherheit einen Bärendienst erweisen. Robert Zion brachte es auf den Punkt, als er fragte, wie man eine Regierung mit einem „JA-ABER“ zu Tornados unter Druck setzen will.

Die Abstimmung wurde für alle Beteiligten eine Überraschung. Freude bei den Initiatoren des Sonderparteitags.

Robert Zion prägte mit seinem Antrag den Sonderparteitag.

Weitere Anträge, die auf ein Abstrafen des Bundesvorstandes abzielten, wurden zurückgezogen. Mit der Überzeugung, für die Menschen in Afghanistan gestimmt zu haben, kehrten wir nach Dortmund zurück.

Das war das Ziel.

SG



Mit leeren Kassen politische Akzente setzen



**Mario Krüger,
Sprecher der
GRÜNEN Ratsfraktion.**

Unter dieser Überschrift hat die Dortmunder GRÜNE Fraktion die Beratungen zum Doppelhaushalt vorgenommen. Wie in früheren Jahren ist auch der vorliegende Haushaltsentwurf mit 102 Mio. € für 2008 und 2009 defizitär, selbstverständlich zum Teil wie bereits in vergangenen Jahren durch zusätzlich aufgebürdete Lasten der schwarz-gelben Landesregierung geschuldet (Krankenhausfinanzierung, Kindergartengesetz Kibiz etc.). Mit einem Griff in die sogenannte Ausgleichsrücklage soll das Haushaltsloch erneut gestopft werden. Diese dürfte dann endgültig aufgezehrt sein mit der Konsequenz, dass der CDU-Regierungspräsident Helmut Diegel der Stadt finanzpolitische Spar-Vorgaben machen wird.

Fraktionssprecher Mario Krüger: „Die GRÜNE Fraktion hat diese Herausforderung angenommen und dem SPD-Koalitionspartner aufgezeigt, wie durch ein Bündel von Maßnahmen die Einnahmen verbessert und die Ausgaben reduziert werden können.“

Gleichzeitig wurde in den Bereichen der Sozial-, Schul- sowie Kinder- und Jugendpolitik nachgesteuert.“

Beispielhaft zu nennen ist die Einführung des Sozialtickets, der Aktionsplan gegen Rechts, Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplanes Integration sowie des Berichtes zur sozialen Lage der Stadt, Mittelausweitungen für die Sprachförderung von Kindern im Vorschulbereich und die Absicherung der auslaufenden URBAN-II-Projekte Elterncafés und Schülerclubs in der Nordstadt.

Das Energiesanierungsprogramm städtischer Gebäude soll mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden. Die GRÜNE Fraktion wird auch weiterhin alle wichtigen Dinge im Sinne einer nachhaltigen, sozialen und solidarischen Stadtentwicklung absichern. Die kommenden mit der SPD-Fraktion zu führenden Gespräche werden zeigen, inwieweit die notwendigen finanziellen Freiräume für diese übergeordneten Ziele geschaffen werden können.

MK/MM

KiBiz bleibt Mumpitz

Die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat trotz zahlreicher Proteste das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) verabschiedet. Der Regierungsentwurf mit der Kindpauschale wurde zwar zugunsten einer Kombination aus Gruppenpauschale und Kindpauschale verändert, aber zahlreiche Kritikpunkte bleiben.

Eine zentrale Forderung des letzten Vorschlags der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, die Wiedereinführung landeseinheitlicher Elternbeiträge, wurde nicht übernommen.

Ein unrealistisch hohes Elternbeitragsaufkommen von 19% wird für die Zukunft fortgesetzt. Damit werden selbst in den Kommunen, die schon die Elternbeiträge erhöht haben, weitere Steigerungen zu erwarten sein. Das KiBiz setzt damit den falschen Anreiz, Kinder möglichst kurz oder auch gar nicht in die Bildungseinrichtung Kindertagesstätte zu geben.

In der Betreuung von Zweijährigen baut das Gesetz Standards ab. Diese Altersgruppe wird mit einem schlechteren Personalschlüssel als bisher betreut werden. Auch insgesamt wird die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren durch Absenkung des Personalschlüssels gegenüber der bisherigen altersgemischten Gruppe leiden.

Die Einführung von Krabbelgruppen mit bis zu sechs Säuglingen und Kleinkindern unter drei Jahren ist gegenüber der Altersmischung pädagogisch gesehen ein Rückschritt. Fort- und Weiterbildungsmittel für Erzieherinnen und Erzieher werden nicht wie bisher mit berücksichtigt.

Eine Ausweitung der Öffnungszeiten z.B. in die frühen Abendstunden oder auf Samstage wird unmöglich gemacht, da nur für maximal 45 Wochenstunden Landeszuschüsse pro Gruppe gezahlt werden. Das hat mit Flexibilisierung nichts zu tun. Schlimmer noch: KiBiz erschwert, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ab 2010 bleibt weiterhin nur ein Versprechen.

MaM

Fotos: Heinz Schröder, Rita-Maria Schwalgin, privat



Der Protest von Eltern und Kindern erzwang Korrekturen beim Kinderbildungsgesetz. Dennoch bringt es zahlreiche Verschlechterungen.



Vor Feinstaub schützen!

Daniela Schneckenburger, Landesvorsitzende der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen, fordert die Umweltzone Ruhrgebiet.

GRinDO: Warum soll eine gemeinsame Umweltzone Ruhrgebiet eingeführt werden?

Daniela Schneckenburger: Weil kleinteilige Lösungen nichts bringen und die Probleme nicht beseitigen, sondern höchstens verlagern.

Das zeigt das 200 Meter lange „Umweltzönchen“ Brackeler Straße in Dortmund, die kleinste Umweltzone der Welt: Das Fahrverbot dort führt nur dazu, dass dieselben Belastungen wenige Meter weiter in die Luft gelangen, weil die Brackeler Straße umfahren wird – mit Auswirkungen auf das angrenzende Wohngebiet.

Die relativ kostenaufwendige Nassreinigung von Straßen bringt nur eine momentane Abhilfe und stellt deswegen eine unzureichende Maßnahme dar. Wir wollen einen wirksamen und langfristigen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den enormen gesundheitlichen Folgen des Feinstaubes.

Sie haben schließlich auch ein jüngst vom Bundesverwaltungsgericht festgestelltes Recht auf saubere Luft.

Und dieser wirksame Schutz ist nur mit einer Umweltzone Ruhrgebiet zu erreichen. Dass einzelne Luftreinhalte- und Aktionspläne nichts bringen, hat sich ja bereits erwiesen.

Nach derzeitigem Verhandlungsstand ist offen, ob es zu einer Umweltzone kommen wird, oder eine *Wabenlösung* präsentiert wird, bei der jede Stadt eine eigene, kleine Zone einrichtet.

Wir hielten Letzteres für hoch problematisch, weil solche Einzellösungen eben relativ wenig bringen werden.

Dass es anders geht, zeigt Köln, wo es ab dem 1. Januar nächsten Jahres eine Umweltzone geben wird. Düsseldorf wird nachziehen.

Das muss auch für das Ruhrgebiet möglich sein.

GRinDO: Warum reicht es nicht, dass Dortmund als Kommune eigenständig handelt?

Daniela Schneckenburger: Weil das Ruhrgebiet ein zusammenhängendes Ballungszentrum ist und eben als solches handeln muss. Die Feinstaub-Problemik hört doch nicht an der Stadtgrenze auf. Deshalb brauchen wir auch grenzübergreifende Lösungen, die die Verkehrsströme im Ruhrgebiet richtig leiten und nicht zur Verdrängung von einem Ruhrgebietsteil in den nächsten führen. Ergänzend kann dann auch noch eine Kommune aktiv werden, indem sie z. B. den Verkehrsfluss optimiert und die Verkehrsgeschwindigkeit in problematischen Bereichen drosselt.

GRinDO: Wie erfolgreich war Dortmund bisher mit dem Masterplan Luftreinhaltung?

Daniela Schneckenburger: Dortmund hat auch in diesem Jahr die Feinstaub-Grenzwerte mehr als die erlaubten 35 Mal überschritten. Schon das zeigt, dass die bisherigen Pläne nicht ausreichen. Der Luftreinhalteplan hat definitiv zu wenig bzw. nichts gebracht.

GRinDO: Wieso konzentriert sich die Feinstaubdiskussion auch bei den GRÜNEN auf den Straßenverkehr? Industrie und Wirtschaft emittieren doch auch Feinstaub.

Daniela Schneckenburger: Der Verkehr ist das Hauptproblem bei der innerstädtischen Feinstaubbelastung. Und wir haben ja schon seit Jahren den Trend, dass immer mehr Fahrzeuge zugelassen werden. Daran wird sich auch nichts ändern. Der Verkehr ist ein Feld, in dem durch politische Rahmenbedingungen viel bewirkt werden kann. Eine vorrangige Förde-

rung des ÖPNV ist immens wichtig, um die hohen Umweltbelastungen durch Feinstaub, aber auch durch Lärm für die Menschen im Ruhrgebiet zu senken. Die Landesregierung arbeitet in diesem Punkt konträr: sie hat den Vorrang des ÖPNV vor Straßenprojekten gekippt und verhindert damit eine umweltschonende Verkehrspolitik und eine nachhaltige Mobilität für die Metropolregion Ruhr. Auch die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung der so genannten Regionalisierungsmittel für den Personennahverkehr wirkt da kontraproduktiv. Neben dem Verkehr müssen aber auch industrielle Emittenten wirksam angegangen werden.

GRinDO: Vor allem Handwerker und Unternehmer befürchten, dass sie mit ihren Fahrzeugen nicht in die Umweltzonen fahren können. Stehen bald ganze Betriebe still?

Daniela Schneckenburger: Betriebe haben in der Regel nicht so alte und schlecht ausgerüstete Fahrzeuge, dass sie ernsthaft Angst haben müssten, nicht mehr in die Innenstädte zu kommen. Außerdem gibt es für Dieselfahrzeuge Rußpartikelfilter, die nachträglich und von den Kosten überschaubar eingebaut werden können.

Trotzdem muss man natürlich über Regelungen für Anwohner und ansässige Unternehmen nachdenken, die künftig nicht in die Umweltzone fahren dürften. Möglich wären z. B. Übergangsfristen und Ausnahmegenehmigungen.

GRinDO: Der Regionalverband Ruhrgebiet fordert, dass auch Autos der Schadstoffgruppe 2 (s. Kasten) aus der Umweltzone herausgehalten werden. Wie stehen die GRÜNEN dieser Forderung gegenüber?

Daniela Schneckenburger: Wir schließen uns dieser Forderung an. Es braucht eine konsequente Umsetzung und Einrichtung der Umweltzone Ruhrgebiet. Deshalb sind alle Quellen, die dem Ziel „Saubere Luft im Ruhrgebiet“ entgegen stehen, aus der Umweltzone zu entfernen. Dazu gehören auch Autos der Schadstoffgruppe 2.

GR/ND: Von der Einrichtung einer Umweltzone Ruhrgebiet wären drei Regierungsbezirke berührt. Politischer Widerstand ist auch bei Regierungspräsident Diegel (CDU) erkennbar. Was fordern die Dortmunder GRÜNEN von Regierungspräsident Diegel und der Landesregierung?

Daniela Schneckenburger: Wir erwarten, dass Diegel seinen Widerstand im Interesse der Gesundheit der Menschen im Ruhrgebiet aufgibt. Die EU geht davon aus, dass in Deutschland jedes Jahr 65.000 Menschen an den Folgen der Feinstaub-Belastung sterben. Das allein sollte Grund genug sein, endlich zu handeln.

Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie von ihrem Weisungsrecht Gebrauch macht, die „Einrichtung der Umweltzone Ruhrgebiet“ zügig voran treibt und die Interessen von Lobbyisten mal hinten anstellt. Bisher ist die Luftreinhalte-Politik des Landes jedenfalls nur mit *mangelhaft* zu bewerten.

Zum Thema Umweltzone Ruhrgebiet hat der Regionalverband Ruhrgebiet eine Machbarkeitsstudie veröffentlicht, die als PDF-Dokument heruntergeladen werden kann: www.rvr-online.de/landschaft/Saubere_Luft/machbarkeitsstudie.php, 7,12 MB



Daniela Schneckenburger

Landesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in NRW.
schneckenburger@gruene-nrw.de

Plakettenverordnung zur Kennzeichnung emissionsarmer Fahrzeuge



Die roten, gelben und grünen Plaketten kennzeichnen Autos der Schadstoffgruppen 2 bis 4:

Darunter fallen Diesel-Pkw ab Euro 2 bis Euro 5 sowie Benziner mit geregelterm Kat (letztere bekommen in der Regel die grüne Plakette). Durch Nachrüstung mit einem Rußpartikelfilter können Diesel-Besitzer für ihr Fahrzeug eine Höherstufung – etwa von Rot auf Gelb – erreichen.

Keine Plakette erhalten Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 1:

Benziner ohne geregelten Kat, teils auch ältere Benziner mit 3-Wege-Kat; Diesel-Pkw nach Euro 1 und schlechter.

Stadt – Land – Fluss – Klima

Alles hängt zusammen! Auch Besiedlung und Versiegelung der Flächen beeinflussen unser Stadtklima! Um den Klimawandel abzumildern, gilt es, Innenstädte, Siedlungen und Grünflächen naturnäher umzugestalten.

An Diskussionen zum Stadtklima kann sich Ingrid Reuter gut erinnern: „Bereits 1986 gab es eine Klimaanalyse für das Dortmunder Stadtgebiet. Damals wurde deutlich, wie wichtig die Kaltluftentstehungszonen und Durchlüftungsschneisen für eine emissionsbelastete Stadt wie Dortmund sind.“

Die Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion verweist auch auf die Ozonwerte und die jüngste Diskussion über Feinstäube und Veränderungen des Großklimas. In Dortmund habe auch die ständige Verdichtung der Bebauung eine erneute Behandlung des Themas Stadtklima erforderlich gemacht.

Entsiegeln und begrünen

Die Verwaltung hat eine Untersuchung vorgelegt, die nun von Rot-GRÜN im Dortmunder Rat für politische Forderungen genutzt wird. Der Tenor lautet: Entsiegeln, begrünen und behutsamer bebauen!

„Der Pferdefuß an dem aktuellen Bericht zum Stadtklima ist, dass bestehende planerische Absichten und Festsetzungen nicht infrage gestellt werden. Positiv ist die stadtteilbezogene Analyse. Sie beschreibt *Gunst-* und *Lasträume* und gibt Planungshinweise für einen besseren Luftaustausch zwischen diesen Räumen“, resümiert Ingrid Reuter.

Die Analyse hat festgestellt, dass es in Dortmund drei sog. *Gunst-* und fünf *Lasträume* mit unterschiedlichen Anteilen gibt. Die *Gunstflächen* sind Freiland (36,8 %), Parkanlagen (6,4 %) und Waldflächen (10 %). Ihnen stehen als *Lastflächen* lockere Bebauung (29,7 %), dicht bebaute Wohngebiete (3,1 %), hochverdichtete Innenstadt (1 %) und Industriegebiete (12 %)

gegenüber. Diese Werte sind in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich. So sind in den Innenstadtbzirken die Werte für dicht bebaute Wohngebiete und Industrieflächen deutlich höher als in den Außenbezirken.

Lasträume ausgleichen

Um diese *Lasträume* in den Innenstadtbzirken klimatisch auszugleichen, sind die *Gunsträume* sehr bedeutend:

Im Freiland gibt es große Unterschiede zwischen Tageshöchst- und Tiefsttemperaturen. Dem Wind wird nur geringer Widerstand entgegengesetzt. Im Wald dagegen sind die Temperaturextreme gedämpft, während Park- und Grünanlagen klimatisch zwischen Freiland und Wald einzuordnen sind.

In den *Lasträumen* gibt es die starke sommerliche Erwärmung in den verdichteten Innenstadtbereichen, Erwärmung mit zusätzlicher Luftfeuchte und damit einhergehenden Veränderungen des Windfeldes. Die Emissionen in diesen *Lasträumen* können extrem belastend sein, da es zu lokalen oder auch regionalen Anreicherungseffekten wie beim Ozon kommen kann.

Ungleiche Verteilung

In den Innenstadtbzirken spielen Flächen mit Freiland und Wald fast keine Rolle. Lediglich Park- und Grünanlagen sorgen für einen klimatischen Ausgleich.

Für Ingrid Reuter ergeben sich aus solchen Erkenntnissen politische Forderungen: „Die Klimaanalyse enthält deutliche Aufforderungen an die Politik, in den stark belasteten Innen-

stadtbzirken die Versiegelung zu reduzieren. Vor allem in der Innenstadt müssen wir eine kleinräumige Begrünung erhalten bzw. neu schaffen.“ Soll heißen: Jeder grüne Hinterhof ist kostbar. Jeder Teer- und Asphaltfleck gehört auf den Prüfstand. Bäume in der Innenstadt begünstigen das Stadtklima. Bodennahe Emissionen sind zu reduzieren.

Die GRÜNE Ratsfraktion hat von der Verwaltung konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Stadtklimas eingefordert. Dies gilt auch für die Stadtbezirke. Der Bericht zum Stadtklima listet für jeden Stadtteil zahlreiche Maßnahmen auf.

Dortmund entsiegeln

Ingrid Reuter: „Wir werden darüber hinaus versuchen, ein stadtweites Entsiegelungsprogramm in Naturschutzgebieten zu veranlassen. Asphaltierte Straßen und Zuwegungen muss es in diesen Bereichen nicht geben. Ebenfalls im gesamten Stadtgebiet könnten die Asphaltwüsten der Schulhöfe in naturnahe Spieloasen umgestaltet werden.“

Die vierspürigen Straßenschneisen, die in die Innenstadt führen, könnten mehr Bäume und Grün vertragen.

Ein Erfolg zugunsten des Stadtklimas: Die freigeräumte Industriefläche in Hörde wird nun endlich in den Phönixsee umgewandelt. Der Verwaltungsbericht schlägt hier außerdem vor, verbaute Wasserläufe freizulegen. Ingrid Reuter ahnt schon, dass sie das Thema Stadtklima erneut beschäftigen wird: „Wir werden dafür sorgen, dass die Anregungen der Verwaltung umgesetzt werden. Nur so kann der Flächenverbrauch sinnvoll kompensiert werden.“

MM

Abgestürzt

Rot-GRÜN hat im Dortmunder Rat Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz beschlossen. Die Stadt Dortmund verzichtet bei Reisen mit Entfernungen unter 400 km Luftlinie auf Flugreisen und tritt dem klimafreundlichen Kompensationssystem von *atmosfair* bei. Mit freiwilligen Geldzahlungen für Flugreisen werden Projekte mit erneuerbaren Energien gefördert.

Die Dortmunder Flughafen GmbH hat auf diese Ratsbeschlüsse reagiert. In einer Stellungnahme behauptet sie, dass der Flugverkehr im Verhältnis zum Autoverkehr klimafreundlich sei und dass Anstrengungen unternommen worden seien, den Treibstoffbedarf zu senken. So wird argumentiert, dass der Flugverkehr mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 2,5 – 4,5 Litern Treibstoffverbrauch auf 100 km und die CO₂-Belastungen *nur* doppelt so hoch seien wie beim Autoverkehr.

Dem entgegnet Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN: „Leider werden Zahlen verwendet, die bei näherer Betrachtung nicht die reale Klimaschädlichkeit wiedergeben. Beim Flugverkehr ist es notwendig, auch den *Radiative Forcing Index* zu berücksichtigen, der alle Faktoren der Erderwärmung einbezieht.“

Flugzeuge haben durch einen Mix von Treibhausgasen, z.B. Wasserdampf und Stickoxide, eine bis zu 5-mal größere Wirkung auf die Erderwärmung als oberflächennah freigesetztes CO₂. Dazu wird von einer Vollauslastung der Flugzeuge ausgegangen, die aber im Durchschnitt nur bei 75% liegt, was den Vergleich mit dem Autoverkehr weiter verzerrt.

Mario Krüger: „Trotz der Klimaschädlichkeit wird Flugverkehr durch den Verzicht auf die Kerosinsteuer und auf die Mehrwertsteuer bei internationalen Flügen subventioniert. In Dortmund subventionieren auch die Stadtwerke den Flughafen. Sogar der weitere Ausbau des Flughafens droht.“ MM



Oben: Begrünte Straßen und Häuser im Kreuzviertel.

Mitte: Dicht besiedelte Innenstadt.

Unten: Die Hörder Burg am künftigen Phönixsee.
Das Gelände wird ökologisch aufgewertet.



Ökologischer: Bei einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD-Kraftwerk) entweichen die heißen Abgase der Gas-Turbine nicht ungenutzt in die Umgebung, sondern erzeugen Dampf für eine nachgeschaltete Dampfturbine. Durch die Kombination beider Prozesse erhöht sich der Wirkungsgrad auf über 58%.

Foto: GuD Kraftwerk Dormagen, Siemens AG



Für den Klimaschutz – gegen neue Kohlekraftwerke

Gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke mit veralteter Technik wendet sich Thomas Quittek vom BUND Dortmund. Bis die erneuerbaren Energien ausgebaut sind, sollten Stromanbieter modernere Gas- und Dampfturbinenkraftwerke bauen. Den Stromkunden empfiehlt er Öko-Strom.

Fast unbemerkt von der Dortmunder Bevölkerung werden derzeit fünf neue Steinkohlekraftwerke in unserer Nachbarschaft geplant. Umwelt- und gesundheitspolitisch unverantwortlich, meint der *Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)*. In Lünen sollen gleich zwei neue Kraftwerke am Stummhafen entstehen (*Trianel* und *Steag*). In

Datteln planen *E.ON* und in Herne die *Steag* neue Anlagen.

Die *Dortmunder Energie und Wasser (DEW)* will sich am Gemeinschaftskraftwerk (*Gekko*) der *RWE* in Hamm (1600 Megawatt) mit 107 Mio. Euro beteiligen.

Dabei liegt die *DEW* mit ihrem CO₂-Ausstoß von 737 g/kWh bei weitem über dem bundesdeutschen Durch-

schnitt (514 g/kWh) und kommt ihrer Verpflichtung zum Klimaschutz schon heute nicht nach. Der Anteil fossiler Brennstoffe der *DEW* liegt bei fast 66%.

Alte Kraftwerke wie *Knepper* in Dörmte - mit 1,8 Mio. Tonnen CO₂ und 120 Tonnen Feinstäuben pro Jahr eine wahre Dreckschleuder - sollen keineswegs abgeschaltet werden.

Hinzu kommen neue landschaftsstörende Hochspannungsleitungen, u.a. eine 13 km lange Leitung von Lünen nach Mengede durch den Dortmunder Norden. Mehrere Naturschutzgebiete (Groppenbruch, Mengeder Heide, Beerenbruch) würden tangiert.

Die Beteiligung der DEW am Gekko Hamm und die Unterstützung durch SPD und CDU im Aufsichtsrat der DEW ist klimapolitisch unvertretbar. Die beiden neuen Kraftwerksblöcke C und D werden nicht nur 8,9 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr, sondern auch immense Feinstaubmengen ausstoßen. Selbst wenn der elektrische Wirkungsgrad tatsächlich 46 % erreichen sollte, werden immer noch fast 40 % der erzeugten Wärme über die Kühltürme ungenutzt an die Atmosphäre abgegeben.

Nach Inbetriebnahme der beiden neuen Blöcke soll der alte Block C (284 MW) erst vier Jahre später (2014) vom Netz genommen werden. Der erhebliche Zubau neuer Kraftwerkskapazität - bei nur geringer Abschaltung bestehender - erhöht den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen und gesundheitsschädlichen Feinstäuben deutlich. In Hamm sind es derzeit 100 Tonnen pro Jahr.

Rückfall in Stein(kohlen)zeit

Die zustimmende Haltung der Dortmunder SPD-Ratsfraktion zur DEW-Beteiligung am Gekko Hamm widerspricht den Zielsetzungen der SPD auf Bundesebene zum Klimaschutz. Während sich Bundestagsabgeordnete wie Hermann Scheer und Marco Bülow für eine Energiewende einsetzen, beabsichtigen die Dortmunder Sozialdemokraten einen Rückfall in die Stein(kohle)zeit.

Unabhängig von der Frage, ob ein Ratsbeschluss zur DEW-Beteiligung erforderlich ist, fordert der BUND die Ratsfraktionen und ihre Mitglieder im DEW-Aufsichtsrat bzw. in der Gesellschafterversammlung auf, umweltfreundliche Alternativen zur Beteiligung am Hammer Kohlekraftwerk zu prüfen.

Mit der Beteiligungssumme von 107 Mio. Euro könnten umweltfreundliche Investitionen im regenerativen Bereich getätigt werden. Die von der DEW geplante Erhöhung auf 20 % Öko-Strom ließe sich so mit eigenen Anlagen verwirklichen. Der jetzt geplante europaweite Zukauf bringt ökologisch betrachtet keine Verringerung des gesamten CO₂-Ausstoßes, solange keine neuen regenerativen Anlagen gebaut werden.

Als Übergangslösung bietet sich ein modernes GuD-Kraftwerk (Kombikraftwerk) mit einem elektrischen Wirkungsgrad von etwa 58 % an, bis ein vollständiger Umstieg auf erneuerbare Energien möglich ist.

Die Verbraucher haben die Möglichkeit, mit dem Wechsel des Stromanbieters ein ökologisches Zeichen zu setzen und gleichzeitig den großen (Atom-)Stromerzeugern die kalte Schulter zu zeigen.

Die Umweltverbände empfehlen die Ökostromanbieter *Lichtblick*, *EWS Schönau*, *Greenpeace energy* oder *Naturstrom*. Diese Anbieter erfüllen als einzige die Vorgaben der *Deutschen Umwelthilfe*. Sie sind nicht mit Betreibern von Atom- und Kohlekraftwerken verflochten und verkaufen ausschließlich *grünen Strom* aus erneuerbaren Energien und gasgefeuerten Kraft-Wärme-Kopplungen. Ihr Strom ist bundesweit beziehbar.

BUNDteam@bund-dortmund.de



Thomas Quittek

Stromanbieter wechseln

Es ist relativ einfach, den Stromanbieter zu wechseln: Mit Hilfe eines Rechners des BUND (s. Internet-Link), kann man die DEW-Tarife mit denen der Öko-Stromanbieter vergleichen.

Den Wechselantrag findet man auf den Internet-Seiten des jeweiligen Öko-Stromanbieters. Neben den persönlichen Daten werden die Bankverbindung, die Kundennummer bei der DEW, die Stromzählernummer und der letzte Jahresverbrauch erfragt. Ist der Antrag ausgefüllt und online oder postalisch abgeschickt, erhält man Post von seinem neuen Öko-Stromanbieter. Darin teilt dieser einem mit, ab wann man Öko-Strom-Bezieher ist.

Man muss also selber gar nicht kündigen. Dies wird von dem neuen Anbieter erledigt. Es kommt auch nicht zu einem Stromausfall, wenn man den Strom-Anbieter wechselt.

Wenn die DEW die Kündigung bestätigt, erhält man gleichzeitig eine Postkarte auf dem der Zählerstand eingetragen werden muss, um den Wechsel abzuschließen.

Apfelsaft für Öko-Saft

Die BUND-Kreisgruppe Dortmund bietet einen zusätzlichen Anreiz. Sie schenkt jedem neuen Öko-Strom-Bezieher, der gleichzeitig BUND-Mitglied ist, vier Liter „Echt Dortmunder Apfelsaft“ von Dortmunder Streuobstwiesen. (Wechselbestätigung an den BUND, Huckarder Str. 8, 44147 Dortmund, senden und der Saft wird persönlich zugestellt).

Gegen die Beteiligung der DEW21 am Gekko Kraftwerk in Hamm sammelt Greenpeace Unterschriften. Die Liste liegt auch im Büro der GRÜNEN, Kreisverband Dortmund, Ruhrallee 44, aus.

GRÜNE Geschäftsstellen

Linke Spalte:
MARTINA MÜLLER,
Geschäftsführerin
des GRÜNEN
Kreisverbandes,
Ruhrallee 44,
0231/12 11 71,
info@gruene-dortmund.de,
Mo. 11.00 - 15.00 Uhr und
Do. 11.00 - 19.00 Uhr



Mittlere Spalte:
PETRA KESPER
STEFAN NEUHAUS und
MANUELA MEYER,
GeschäftsführerInnen und
MitarbeiterInnen der GRÜNEN
Ratsfraktion,
Friedenplatz 1, 0231/5 02 20 78,
p.kesper@gruene-do.de,
s.neuhaus@gruene-do.de,
m.meyer@gruene-do.de
Mo. bis Fr.
08.00- 16.00 Uhr



Rechte Spalte:
DAGMAR GRESKAMP
und **ULRICH LANGHORST**,
MitarbeiterIn im Wahlkreisbüro
Markus Kurth,
Ruhrallee 44,
0231 / 55 74 66 0,
markus.kurth@wk.bundestag.de,
Mo. bis Do.
10.00 - 16.00 Uhr,
Fr. 10.00 bis 14.00 Uhr

GRÜN verbindet! Sich! Uns! Sie?

Beim GRÜNEN Kreisverband möchten Sie Informationen bestellen? Sie möchten der Ratsfraktion einen Standort für ein Windrad vorschlagen oder über die Sozial- und Behindertenpolitik des Deutschen Bundestages diskutieren? Na, dann los! Hier sind die AnsprechpartnerInnen.

Erste Anlaufstelle für GRÜNE Themen ist Martina Müller. Der Diplomagraringenieurin, die über den BUND und Bioland schon 1984 zur GRÜNEN Politik kam, macht es sehr viel Spaß, als politische Geschäftsführerin des Kreisverbandes Ansprechpartnerin für alle Dortmunder Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Wenn Informationen über GRÜNE bundes-, landes- oder kommunalpolitische Themen abgefragt werden oder die Menschen mit ihren persönlichen Anliegen um Hilfe bitten, kann sie als Schnittstelle zum Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Markus Kurth und zum Fraktionsbüro im Rathaus helfen. So findet jeder mit ihr die richtige Ansprechpartnerin.

„Einen engen Kontakt zu den Dortmunder GRÜNEN Mitgliedern und den Ortsverbänden zu halten, ist mein wichtigstes Aufgabengebiet. Mit ökologisch, sozial- und friedenspolitisch aktiven Organisationen im Stadtgebiet versuche ich, gemeinsame Aktionen zu organisieren“, beschreibt sie weitere Aufgaben. Infostände, Vorbereitungen von Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen zu brisanten politischen Themen, Pressemitteilungen und immer wieder Protokolle schreiben- das ist nur ein kleiner Ausschnitt dieses abwechslungsreichen Jobs, der keine geregelten Arbeitszeiten kennt.

„Als *Die Bezahlte* unter 250 Ehrenamtlern will ich Vorbild sein. Besonders in Wahlkampfzeiten kann man den Job mit dem berühmten Hamster im Rad vergleichen. Aber gute Dortmunder Wahlergebnisse lassen dann manche durchgearbeitete Nacht vergessen“.

Engagiert im Rathaus

Von guten Wahlergebnissen profitiert auch die GRÜNE Ratsfraktion. Dort koordinieren Petra Kesper, Stefan Neuhaus und Manuela Meyer die Geschicke der GRÜNEN Fraktion.

„Die Aufgaben einer Geschäftsstelle umfassen alle Bereiche des Politikmanagements. Es geht um die Betreuung einer 13-köpfigen Fraktion und der GRÜNEN VertreterInnen in den Bezirksvertretungen. Anträge und Anfragen müssen bearbeitet werden. Das alles begleitet die Pressearbeit“, berichtet Petra Kesper.

Für die Diplomsoziologin war es naheliegend, sich in der Politik zu betätigen. „Ursprünglich habe ich mich zunächst in der Eine-Welt-Bewegung engagiert. Eine entsprechende Arbeitsgruppe der GRÜNEN führte mich in die erste Ratsfraktion in Dortmund und später in die Geschäftsführung“, fasst sie zusammen. Der Koordinierungsaufwand und die Terminflut ist hoch, so dass sich die Aufgaben in der Geschäftsführung auf drei Menschen verteilen.

Petra Kesper ist für Planung, Umwelt, Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung zuständig. Ihr Kollege Stefan Neuhaus konzentriert sich auf Sozialpolitik. Der Sozialarbeiter hat über Mandate und Engagement eine typische GRÜNEN-Laufbahn absolviert. Ihnen steht Manuela Meyer zur Seite, die als Rechtsanwalts- und Notarhilfin mit der Organisation eines Büros bestens vertraut ist.

Ihr Tipp: „Dortmunder BürgerInnen können ihre Anliegen beim Ausschuss für Bürgerdienste, Anregungen und Beschwerden einreichen“.

Draht nach Berlin

Über Dortmunds Grenzen hinaus reicht die Arbeit von Dagmar Greskamp und Ulrich Langhorst im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Markus Kurth.

Der Geograph Ulrich Langhorst sieht eine Parallele zwischen Geographie und seiner Tätigkeit im Wahlkreisbüro: „Wer Geographie studiert, lernt verschiedenste Bereiche miteinander in Verbindung zu setzen und Zusammenhänge zu sehen. Die Vielfältigkeit der Themen finde ich in der Geographie und auch bei der Arbeit. Bei uns kommen unterschiedliche Anfragen an, z. B. zur Situation der Menschen in kurdischen Gebieten, zur Diskussion einer sozial gerechten Grundversicherung, zu Fragen des Elektroschmogs durch Handys oder zum Lärm durch den Güterverkehr bei der Deutschen Bahn.“

Diese Vielfalt sieht auch Dagmar Greskamp: „Ich informiere Markus Kurth über die aktuellen Entwicklungen in der Dortmunder Behindertenpolitik und organisiere Veranstaltungen, wie z. B. die Anhörung zum Behindertengleichstellungsgesetz. Ich mache Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und versuche, immer ein Ohr an der Behindertenselbsthilfe zu haben“.

Die Informationen der Menschen vor Ort fließen mit in die Gestaltung von Politik auf Bundesebene ein. Die Europawissenschaftlerin plant und organisiert Termine und beantwortet BürgerInnenbriefe.

Ihren Draht nach Berlin sieht sie positiv: „Als Wahlkreis-Mitarbeiterin kann ich zwischen GRÜNER Lokal- und Bundespolitik vermitteln.“ MM

OV-Mengede

Aktiv vor Ort: Wir GRÜNE in Mengede packen hartnäckig an und initiieren Projekte. Wir handeln, auch wenn es nicht presseöffentlich wird. Je nach Interessenlage bilden sich kleine Gruppen und so können wir auch weniger politisch Aktive zum Mitmachen gewinnen.

Gerade bei umweltrelevanten, stadtökologischen Themen kooperieren wir eng mit Naturschutzverbänden, suchen den Schulterschluss mit Eving, Huckarde und den Nachbarstädten.

Wir mischen uns ein bei Planungsprozessen (ÖPNV, Verkehr, Saalbau, Hansemannpark...). Das ehrenamtliche Engagement unserer AkteurInnen in weiteren Bereichen (Stadtbezirkmarketing, Vereine, Schule, Kultur...) bereichert nachhaltig den politischen Handlungsrahmen.

Beispielhaft sind die Aktionen gegen das geplante Gewerbegebiet Gropenbruch und die ursprünglich geplante Marina im Hafen Achenbach. Unterstützt von der GRÜNEN Jugend thematisierten wir mit Strandkorb und Taucheranzug auf dem Mengeder Markt die drohende Klimakatastrophe. Nach wie vor stehen die GRÜNEN in Mengede federführend den geplagten AnwohnerInnen an der Königsheide zur Seite, um endlich den Radwegelückenschluss nach Lünen zu erreichen. Noch lange werden uns der weit reichende Emscher-Umbau inklusive der zwei Hochwasserrückhaltebecken, die anstehenden Großbaustellen (Kanal, Markt) im Ortskern und unsere Initiative für einen BürgerInnenpark beschäftigen. Selbstverständlich haben wir uns gegen die Kohlekraftwerksbauten im regionalen Umland positioniert.

Lärmgeplagte AnwohnerInnen, fehlende Freizeitangebote speziell für Kinder und Jugendliche ... — es gibt viele Ansatzpunkte für Engagement. Wir freuen uns auf Ideen und personelle Verstärkung und sind gespannt auf Sie! Termine und Kontakt unter www.gruene-mengede.de RMS



Sarah Marhöfer nahm am Rollenspiel *Jugend im Parlament* teil.



Diskutierten vor der BDK über die GRÜNE Grundsicherung und das bedingungslose Grundeinkommen: Markus Kurth (MdB), Uli Langhorst (Sprecher Kreisverband) und Manuel Emmler (Netzwerk Grundeinkommen).

Regionalverband: Kein Austritt

Die Dortmunder GRÜNE Ratsfraktion hat sich gegen den Austritt der Stadt Dortmund aus dem Regionalverband ausgesprochen.

Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN im Rat: „Die GRÜNEN vertreten in dieser Frage eine klare Position: Die Zustimmung zur Frage eines RVR-Austrittes ist ausgeschlossen. Zu den Grundlagen GRÜNER Ruhrgebietspolitik gehört, dass die Bewältigung des Strukturwandels von der Montan-Industrie hin zu einem modernen aufgestellten Dienstleistungs- und Innovationsstandort nur in ei-

ner engen Kooperation der Städte zu schaffen ist. Das Ruhrgebiet ist nur stark, wenn die kreisfreien Städte und Kreise an einem Strang ziehen.“ Dortmund würde sich mit einer Abkoppelung von der Metropole Ruhrgebiet schwächen und isolieren. In neuester Zeit hat gerade die Umweltproblematik deutlich gemacht, dass Kirchturmdenken nicht weiterhilft. Zuvor hatte sich Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer (SPD) für einen solchen Austritt ausgesprochen. MM



Regionalverband Ruhr

Jugend im Parlament...

... heißt ein Planspiel des Deutschen Bundestages. 308 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren gestalten auf Einladung der Bundestagsabgeordneten fiktive Fraktions- und Bundestagsitzungen. Vier Tage lang beraten und debattieren die Jugendlichen über politische Kontroversen. Dabei werden die Fraktionen entsprechend der

aktuellen Sitzverteilung nachgebildet. Vom 16.06. - 19.06.2007 nahm Sarah Marhöfer am Planspiel teil. Über Ihre Erfahrungen sagt sie: „Innerhalb der Arbeitsgruppen haben wir Gesetzesentwürfe besprochen. Es war harmonisch, ein Konsens wurde stets gefunden. Als schwierig erwies es sich, den Mitgliedern der anderen Parteien

die eigenen Ansichten nachvollziehbar darzustellen. Vor allem, wenn wir dachten, dass eben unsere Meinung richtig und umsetzbar ist. So geschah es, dass wir uns vor einer Besprechung vorgenommen hatten, ein Ziel zu erreichen und danach enttäuscht waren, weil unsere Argumente nicht ausreichten. SM/MM

„Pralinés für Lazy Ladies“?

– GRÜNES Ringen um soziale Visionen

Nach kontroverser Debatte rang sich der Parteitag in Nürnberg zu einem Ausbau der Grundsicherung durch.

Er folgte dem Vorschlag des Bundesvorstands in der Forderung nach einer Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 €, einer eigenständigen Kindergrundsicherung, einem existenzsichernden Mindestlohn und sprach sich deutlich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, bei Spöttern auch „Pralines für Lazy Ladies“ genannt, aus.

Aus Dortmunder Sicht wichtige Anträge, die ein erster Schritt auf dem Weg zum Bedingungslosen Grundeinkommen wären, wurden abgelehnt.

Umso erfreulicher, dass sich die Delegierten bei der Umweltdebatte im Kampf gegen neue Kohlekraftwerke geschlossen zeigten.

Zum Ende liefen sich die Rhetoriker gegen den „Überwachungsstaat“ für den Sturm auf die Große Koalition heiß: „Schäuble als Innenminister ist wie Graf Dracula als Chef der Blutbank.“

Der Aufstand gegen den Bundesvorstand fiel aus, obwohl Reinhard Bütkofer ermutigte, den Bundesvorstand zu kritisieren.

Als Weihnachtsgabe durften wir sogar noch ein neues GRÜNES Logo mit nach Dortmund nehmen. SG



Reinhard Bütkofer:
„Es gehört nicht viel Mut dazu, den Bundesvorstand zu kritisieren. Das kann jeder.“

Hier leben und wählen dürfen!

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die GRÜNEN ist mit ihrem Antrag für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten gescheitert.

Der Landtag Nordrhein-Westfalens sollte einer Bundesratsinitiative für eine entsprechende Grundgesetzänderung zustimmen.

Zuvor hatte bereits ein Bündnis aus DGB, Freier Wohlfahrtspflege und Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen MigrantInnenvertretungen die Kampagne „Hier wo ich lebe, will ich wählen“ ins Leben gerufen.

Das kommunale Wahlrecht fördert nicht zuletzt auch die Identifikation mit der Heimatstadt und damit letztlich die Integration. Diese setzt aber die Möglichkeit der politischen Beteiligung und Teilhabe voraus, von der die Nicht-EU-AusländerInnen allerdings ausgeschlossen sind.

Ein Kommunales Wahlrecht existiert nur für in Deutschland lebende EU-BürgerInnen. Das sind in Dortmund zur Zeit ca. 18.000 Frauen und Männer. Insgesamt leben hier aber fast 74.000 „ausländische“ BürgerInnen. Das heißt: Über 55.000 legal und oft

seit Jahrzehnten hier lebende Menschen sind bisher von einer demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung der Politik ihrer Stadt weitestgehend ausgeschlossen.

Obwohl sie hier leben und Steuern zahlen, dürfen sie nicht einmal indirekt über deren Verwendung mitentscheiden. Andere europäische Staaten haben dieses demokratische Grundrecht schon seit Jahrzehnten.

Jede/r kann die Kampagne im Internet mit einer Unterschrift unterstützen. www.wahlrecht-fuer-migranten.de

MaM/HH



**Aktionstag
8. Dez. 2007**
**» KLIMA
SCHUTZ
JETZT! «**
die-klima-allianz.de

In Deutschland sind fast 30 neue Kohlekraftwerke im Bau oder geplant. Das größte davon ist das Braunkohlekraftwerk Neurath bei Düsseldorf. Es ist das Symbol einer verfehlten deutschen Energiepolitik, denn kein anderer fossiler Brennstoff setzt bei der Energieerzeugung so viel CO₂ frei, wie Braunkohle.
 Kommen Sie am 08.12.2007 nach Neurath und fordern dort eine Umkehr der deutschen Energiepolitik!

www.die-klima-allianz.de

Gemeinsame Busfahrt nach Neurath:
 Abfahrt: 12.00 Uhr, Dortmund Hauptbahnhof,
 Rückfahrt: 17.00 Uhr
 Anmeldung beim GRÜNEN Kreisverband
 erforderlich Telefon 0231/12 11 71,
 Fahrtkosten: 5,00 Euro



**GLOBALISIERUNG, NEOLIBERALISMUS
UND RECHTSEXTREMISMUS**

*Mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge
am 12.12.2007, 19.00 Uhr,
Auslandsgesellschaft, Steinstraße 48*

Ist der Rechtsextremismus ein Rand(gruppen)problem, das eine Abweichung von der Normalität darstellt und nicht in der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurzelt? Der Referent wird Erklärungsmodelle zum Rechtsextremismus vorstellen und kritisieren. Er selbst vertritt die Auffassung, dass die ökonomische Grundstruktur, das soziale Klima und seine politische Kultur einer Gesellschaft, über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus entscheiden.

Das Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer Welt von Feinden gegenüberzustehen und die Überlegenheit des eigenen Volkes durch Erfindungsgeist, größeren Fleiß und Opferbereitschaft beweisen zu müssen, bezeichnet Prof. Dr. Butterwegge als Standortnationalismus.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Köln.

**gleich notieren:
Jahreshauptversammlung**

*Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund
Samstag, 01.03.2007, ab 10.30 Uhr*

